Civaka Azad
Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.
INFOBLÄTTER

Ausgabe 1/ November 2012

Schwerpunkt: Hungerstreik

Ein Rückblick auf den Widerstand der kurdischen Gefangenen

67 Tage Hungerstreik in den Gefängnissen

VON CIVAKA AZAD - KURDISCHES ZENTRUM FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT E.V. / AM 26.11.2012

Am 12. September diesen Jahres, dem 32. Jahrestag des Militärputschs von 1980, begangen 67 Gefangene der Arbeiterpartei Kurdistans PKK und der Partei der Freien Frauen Kurdistans PAJK einen unbefristeten Hungerstreik. Die Hungerstreikenden erklärten, dass sie die Aufhebung der Totalisolation von Abdullah Öcalan, die Gewährleistung seiner Gesundheit, Sicherheit und Freiheit, sowie die umfassende Anerkennung der kurdischen Sprache fordern. Die Anerkennung der kurdischen Sprache umfasst sowohl das Recht auf Bildung in der kurdischen Muttersprache, als auch die Verteidigung auf Kurdisch vor Gericht.





Aufgrund der Ignoranz der türkischen Regierung gegenüber diesen Forderungen schlossen sich in den anschließenden Wochen hunderte weitere Gefangene dem Hungerstreik an. Darunter befanden sich dieses Mal nicht nur die Gefangenen der PKK und PAJK, sondern auch gewählte ParlamentarierInnen, BürgermeisterInnen, JournalistInnen und RechtsanwältInnen, die allesamt im Rahmen der KCK-Operationen festgenommen und inhaftiert worden waren.

Am 42. Tag waren der Öffentlichkeit über 700 Hungerstreikende namentlich bekannt. Unter diesen befanden sich beispielsweise die inhaftierten Abgeordneten der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) Faysal Sariyildiz und Gülseren Yildirim oder auch der inhaftierte Bürgermeister von Van Bekir Kaya, um einige Namen zu nennen. Zu jenem Zeitpunkt ließ die türkische ÄrtzInnenvereinigung TTB auch verkünden, dass der Gesundheitszustand vieler Gefangenen lebensbedrohliche Dimensionen angenommen hat. Der türkische Menschenrechtsverein sprach indessen von Misshandlungen und Übergriffen von Gefängniswärtern, die in vielen Gefängnissen systematisch psychischen und physischen Druck gegen die Hungerstreikenden ausüben, mit dem Ziel ihren Hungerstreik zu brechen.

Neben dem Druck von der Straße innerhalb der Türkei, wuchs auch auf internationaler Ebene der Druck auf die türkische Regierung immer weiter. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International und die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges IPPNW riefen den türkischen Staat zur Einleitung von Schritten auf. Durch diverse Presseberichte in nahezu sämtlichen wichtigen internationalen Presseagenturen erfuhr die Weltöffentlichkeit von dem Hungerstreik und den Forderungen der Gefangenen. Nur einer schien bis dato von all dem nichts mitbekommen zu haben.

IN EIGENER SACHE

Liebe LeserInnen,

Civaka Azad, zu Deutsch ‚freie Gesellschaft', mit diesem Namen hat unser Büro, das kurdische Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit, im Juni 2012 seine Arbeit aufgenommen. Ein Ziel unserer Arbeiten ist es die deutschsprachige Öffentlichkeit über die aktuellen Geschehnisse und Entwicklungen in Kurdistan zu informieren. Zu diesem Zweck haben wir nun die Civaka Azad Infoblätter ins Leben gerufen. Die Infoblätter werden in regelmäßigem Abstand veröffentlicht und in jeder Ausgabe wird das Augenmerk auf ein spezifisches Thema gelegt. Das Thema unserer ersten Ausgabe ist der Gefängnishungerstreik - sein Verlauf, seine Forderungen und seine Folgen.



Der türkische Ministerpräsident äußerte sich am 29. Oktober (48.Tag) kurz vor seiner Auslandreise zum ersten Mal zum Hungerstreik. Mit den Worten „So etwas gibt es nicht. Es gibt niemanden der hungert. Jeder isst alles“, leugnete Erdoğan die Existenz des Hungerstreiks von über 700 Gefangenen.



Auseinandersetzungen bei einer Solidaritätsdemonstration mit dem Hungerstreik in Amed (Diyarbakir)

In Berlin gingen aus Protest gegen Erdoğan bei seinem Deutschlandbesuch am 31.10.12 tausende AlevitInnen, ArmenierInnen, AramäerInnen und KurdInnen gemeinsam auf die Straße. Auch zahlreiche deutsche PolitikerInnen, wie der Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke Gregor Gysi und Parteivorsitzende der Grünen Claudia Roth richteten auf dieser Protestkundgebung Appelle für eine Lösung an den türkischen Ministerpräsidenten, der im Kanzleramt mit Bundeskanzlerin Merkel zusammengetroffen war. Auf der anschließenden Pressekonferenz äußerte sich Erdoğan, auf Nachfrage eines kurdischen Journalisten, erneut zum Hungerstreik: „Dies ist alles nur Show. So etwas gibt es nicht.“ Sein Justizminister sei in den Gefängnissen gewesen, lautete die Antwort des türkischen Ministerpräsidenten. Der erwähnte Justizminister Sadullah Ergin kam zeitgleich mit seiner deutschen Amtskollegin in Ankara zusammen und gab ihr die Auskunft, dass sich zu diesem Zeitpunkt nach seinen Informationen 683 Personen im Hungerstreik befinden würden. Zur selben Zeit betonte der türkische Staatspräsident Abdullah Gül, dass es sich beim „Hungerstreik um eine ernste Angelegenheit“ handelt, um die sich gekümmert werden müsse. Erdoğan machte sich durch seine offenkundigen Lügen zum Gespött der Medien, sowohl in der Türkei als auch im Ausland.

Am 01. November (51. Hungerstreiktag) ließen die Hungerstreikenden über ihren Sprecher Deniz Kaya verlautbaren, dass die Antwort auf eine gewaltsamen Intervention, die von verschiedenen Regierungsvertretern und dem Ministerpräsidenten selbst mehrfach zur Sprache gebracht worden war, „binnen kürzester Zeit die Zahl der Teilnehmenden am Hungerstreik auf 10.000 erhöhen werden“. Zudem betonte er, dass die Hungerstreikenden bis zur Erfüllung ihrer Forderungen durch die türkische Regierung an ihrer Aktion festhalten werden.

Derweilen nahm der Protest der Gesellschaft in der Türkei und in Kurdistan ein neues Ausmaß an. Nahezu täglich wurden in fast sämtlichen Städten der Türkei Solidaritätsdemonstrationen durchgeführt. Besonders in den kurdischen Städten endeten diese oftmals in Straßenschlachten mit den staatlichen Polizeikräften. Die Bilder ähnelten den Bürgerkriegszuständen der 90er Jahre. Auch die Solidaritätsbekundungen türkischer KünstlerInnen und AkademikerInnen, welche, wie hunderter weiterer Menschen in der Türkei und in Europa, mehrtägige Solidaritätshungerstreiks durchführten, wuchsen immer weiter an.

Am 3. November kündigte Erdoğan, der zu dem Zeitpunkt die Existenz des Hungerstreiks nicht mehr abstritt, in einer Rede an, sich nicht erpressen zu lassen. Statt einer Annäherung an die Hunegrstreikenden, sprach der türkische Ministerpräsident von der Wiedereinführung der Todesstrafe. Die Reaktion der Gefangenen wurde durch eine erneute Pressemitteilung des Sprechers der Hungerstreikenden Deniz Kaya am 55. Tag des Hungerstreiks verkündet. In der schriftlichen Mitteilung wurde erklärt, dass von diesem Zeitpunkt an der Hungerstreik von 10.000 Gefangenen getragen wird. Aus Solidarität zu den kurdischen politischen Gefangenen schlossen sich zahlreiche sozialistische Organisationen in den Gefängnissen dem unbefristeten Hungerstreik an.

Auch außerhalb der Gefängnismauern weitete sich der Protest aus. In zahlreichen Städten der Türkei und Kurdistans, als auch in Europa und in den USA traten zahlreiche Menschen in einen unbefristeten Hungerstreik. Darunter befanden sich ebenfalls Abgeordnete und BürgermeisterInnen der Partei für Frieden und Demokratie BDP. Im Gebäude des Demokratischen Volkskongress DTK verschanzten sich die hungerstreikenden Abgeordneten, die ständigen Angriffen der türkischen Polizei ausgesetzt waren. Mit Tränengasgranaten und Wasserwerfern versuchten die türkischen Polizisten den friedlichen Hungerstreik der ParlamentarierInnen zu unterbinden. Die Auseinandersetzungen zwischen kurdischen DemonstrantInnen intensivierten sich. Über Tage hinweg blieben die Geschäft in Nordkurdistan geschlossen, Studierende verweigerten den Unterricht, um die



Hungerstreikzelte der Bevölkerung vor der Polizei zu schützen; vor den Gefängnissen versammelten sich die Angehörigen der Hungerstreikenden zu Mahnwachen. In der Region war von einem geordneten Alltag nicht mehr zu sprechen. Unterdessen verschärfte die BDP ihren Druck auf die Regierung und betonte, dass niemand außer Abdullah Öcalan den Hungerstreik beenden könne. In den darauffolgenden Tagen ließen einige Regierungsvertreter verlautbaren, dass nach einer Lösung gesucht würde, und der Hungerstreik beendet werden könne.

Am 14.11.2012 wurde eine Gesetzesvorlage im türkischen Parlament eingebracht. Unter Vorbehalt dürften ten demach fortan die Angeklagten in eingeschränkter Weise ihre Verteidigung vor Gericht in ihrer kurdischen Muttersprache führen. Eines der zentralen Hauptforderungen der Gefangenen war die Anerkennung der kurdischen Sprache vor Gericht. Jedoch gaben die Hungerstreikenden in einer Stellungnahme bekannt, dass die durchgeführte Gesetzesänderung keine wirkliche Verbesserung darstelle und daher nicht zu akzeptieren sei, sie daher konsequent am Hungerstreik festhalten werden. Unterdessen schien sich der Gesundheitszustand vieler Gefangenen drastisch zu verschlechtern. Trotzdem verweigerten die Hungerstreikenden jegliche Behandlung durch die Gefängnisärzte.

Eine überraschende Wende nahm der Hungerstreik, als Mehmet Öcalan, der Bruder von Abdullah Öcalan, am 17. November verkündete, dass er auf der Gefängnisinsel Imrali gewesen ist und Abdullah Öcalan die sofortige Beendigung des Hungerstreiks fordere. „Die Hungerstreikenden haben das übernommen, was die Leute draußen hätten machen sollen. Die Menschen außerhalb der Mauern sollen nicht ihre Aufgaben und ihre Verantwortung den Menschen hinter den Mauern überlassen, die sowieso schon krank sind und unter schwersten Bedingungen leben müssen. (…)
Die Hungerstreikaktion ist sehr bedeutsam. Diese Aktion hat ihr Ziel erreicht. Ohne jegliche Zeit zu verlieren sollen sie mit dem Hungerstreik aufhören. Ich richte von hier aus allen Hungerstreikenden, vor allem denen der ersten und zweiten Gruppe, einzeln meine Grüße aus.“, so die Worte von Abdullah Öcalan.
Am folgenden Tag, am 67. Tag des Hungerstreiks, erklärten die Gefangenen ihren Hungerstreik zu beenden. Man werde den Widerstand in anderer Form fortführen.

„Nur er kann für eine friedliche Lösung des Konflikts sorgen“

Schlüsselrolle Abdullah Öcalans

Der unbefristete Hungerstreik der Gefangenen der PKK und PAJK konnte erst nach 68 Tagen, durch einen Aufruf vom inhaftierten Vorsitzenden der PKK Abdullah Öcalan beendet werden. Bis dahin lehnten die Hungerstreikenden sämtliche Aufrufe seitens der Regierungssprecher, den VertreterInnen der BDP und von Menschenrechtsorganisationen zur Beendigung des Hungerstreiks ab und betonten immer wieder, dass sie nur den Worten von Abdullah Öcalan, gegen den seit dem 27. Juli 2011 eine völlige Kontaktsperre durchgeführt wird, Folge leisten würden. Civaka Azad sprach mit Mahmut Şakar vom Verein MAF-DAD über die Rolle von Abdullah Öcalan in der kurdischen und türkischen Gesellschaft und über seine Schlüsselposition bei der Lösung der kurdischen Frage.

Bis zuletzt waren über 10.000 Menschen in den Gefängnissen der Türkei im unbefristeten Hungerstreik. Eine der Hauptforderung der Hungerstreikenden war die Freiheit von Abdullah Öcalan. Warum führen tausende von Menschen einen unbefristeten Hungerstreik für Öcalan? Was macht ihn zu solch einer wichtigen Figur?

Heute sehen Millionen von KurdInnen aus allen Teilen Kurdistans in Öcalan ihre politische Repräsentanz. Schon in den Achtzigern stieg Öcalan zur Symbolfigur des kurdischen Freiheitskampfes auf. Vom Ende der 70er Jahre bis zu seiner Entführung aus Kenia am 15. Februar 1999 führte er den Widerstandskampf. Dabei gilt Öcalan seit 1993 bis heute in der kurdischen Frage und bei der friedlichen Lösung als direkter und indirekter Verhandlungspartner. Er ist die einzige Instanz, die von allen Parteien des Konflikts, der Bevölkerung, der politischen Parteien, der PKK und der kurdischen Guerilla als Repräsentanz akzeptiert wird. Nicht nur die kurdische Seite duldet keine andere Vertretung, auch der türkische Staat erkennt faktisch gesehen seit 1993 keinen anderen Verhandlungspartner außer Abdullah Öcalan an. Dieser



Mahmut Şakar war von März 1999 bis zu seinem Ausschluss durch die Türkei im Jahre 2005 Rechtsanwalt von Abdullah Öcalan. Seitdem betreut er die Verfahren Öcalans vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Şakar ist zudem der 2. Vorsitzende des Vereins für Demokratie und Internationales Recht MAF-DAD mit Sitz in Köln.



setzt sich seit fast 20 Jahren für eine friedliche Lösung des Konflikts ein und hat diesbezüglich mehrere Gespräche mit verschiedenen Regierungs- und Staatsvertretern der Türkei geführt. Daher kann gesagt werden, dass niemand anderes, außer Abdullah Öcalan, für eine friedliche Lösung des Konflikts sorgen kann. Er gilt als legitimer Volksvertreter der KurdInnen, und deshalb kann die Forderung nach seiner Freiheit gleichgesetzt mit der Forderung für die Freiheit des kurdischen Volkes und einer friedlichen Lösung des Konflikts betrachtet werden. Um mehr Empathie für diesen besonderen Fall aufzuzeigen, könnte die historische Entwicklung in Südafrika zu Zeiten des Apartheid Regimes in Betracht gezogen werden. Damals erhielt die schwarze Bevölkerung mit der Freilassung von Nelson Mandela aus der Gefängisinsel Robben Island ihre vollkommenen kulturellen und politischen Rechte zugesprochen.

Von Anfang 2009 bis Juli 2011 fanden Friedensverhandlungen zwischen dem türkischen Staat und Öcalan statt. Diese wurden nach der Parlamentswahl am 12. Juli 2011 abgebrochen. Wie sieht seit dem die Entwicklung aus?

Seit dem 27. Juli 2011, nach dem Abbruch der Verhandlungen, ist Abdullah Öcalan in Totalisolation. Das heißt, dass er seitdem keine Besuche mehr von seinen AnwältInnen empfangen konnte. Lange Zeit war es ungewiss, ob er überhaupt noch am Leben ist. Nur sein Bruder konnte ihn während dieser Zeit zwei Mal auf der Insel besuchen. Seitdem wurden ebenfalls die militärischen Operationen intensiviert. Im selben Ausmaß nahm die Verhaftungswelle gegen kurdische politische AktivistInnen zu. In den letzten 3 ½ Jahren wurden im Rahmen der sogenannten „KCK-Operationen" über 9.000 Menschen inhaftiert. Darunter befinden sich 6 ParlamentarierInnen und 36 BürgermeisterInnen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), 76 JournalistInnen, ebenso wurden 36 AnwältInnen des Asrin Rechtsbüros, die Öcalans Verteidigung übernommen hatten, im November 2011 verhaftet und angeklagt, allein weil sie ihren beruflichen Pflichten nachgekommen sind. Die Rhetorik des Ministerpräsidenten Erdoğan ist seither als nationalistischer und rassistischer als die der MHP zu bewerten. In dieser Phase erreichten die Proteste der kurdischen Bevölkerung ein Ausmaß, wie es sie seit langer Zeit nicht mehr in Nordkurdistan gegeben hat. Die Bilder erinnerten an die Hochphase des Bürgerkrieges Anfang der 90er Jahre. Der unbefristete Hungerstreik ist als Gipfel dieser Protestwelle zu beurteilen. Dabei sollte unterstrichen werden, dass es sich um eine absolut friedliche Form des Protestes handelt. Zeitgleich wiederlegten die Hungerstreikenden auch sämtliche Behauptungen der türkischen Regierung.

Was sind das für Behauptungen der Regierung?

Die Regierung äußerte oftmals das Gerücht, dass Öcalan seinen Einfluss auf die PKK und das kurdische Volk verloren habe, und keine relevante Geltung mehr innehabe. Die PKK würde ihrem Vorsitzenden kein Gehör mehr schenken, hieß es oftmals von Seiten der türkischen Regierung. Dadurch versuchte sie die Totalisolation zu legitimieren. Jedoch hat sowohl das kurdische Volk als auch die PKK gezeigt, dass sie weiterhin hinter ihrem Vorsitzenden stehen und in ihm ihren politischen Vertreter sehen. Er war es auch, der für das Ende des Hungerstreiks sorgen konnte. Nachdem sich am Hungerstreik insgesamt 10.000 Gefangene angeschlossen hatten, schlossen sich ebenfalls hunderte Menschen außerhalb der Gefängnismauern dem unbefristeten Hungerstreik an, auch BürgermeisterInnen und Abgeordnete der BDP. Der Co-Vorsitzende der BDP Selahattin

Die Isolation von Abdullah Öcalan

Seit dem 27.Juli 2011 ist Abdullah Öcalan einer Totalisolation unterzogen und kann seitdem keine Besuche mehr von seinen AnwältInnen empfangen. Seit seiner Entführung am 15.Februar 1999 aus Nairobi/Kenia sitzt A.Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali. Bis September 2009 war Öcalan als einziger Gefangener in dem Hochsicherheitsgefängnis, was neben 1000 Soldaten, meterhohen Stahlwänden, ebenfalls von dutzenden Kameras überwacht wird. Entgegen nationalem und internationalem Recht herrscht auf Imrali absolute Willkür. Gemäß der politischen Lage werden Öcalan Gespräche mit seinen AnwältInnen und Familienangehörigen gestattet oder nicht. Dabei ist jegliche Körperberührung untersagt. Auch ist es verboten sich mit seinen Geschwistern in seiner Muttersprache Kurdisch zu unterhalten. Nach der Verlegung in eine nur 6m² kleine Zelle beträgt sein Bewegungsraum nur noch 3-4 Schritte. Telefongespräche, die jedem Gefangenen der Türkei zustehen werden ihm untersagt. Genauso werden ihm Zeitungen, nur nach Selektierung in unpolitische und nicht-kurdische Reststücke verspätet geliefert. Ebenfalls wird ihm das Recht eines Fernsehers abgesprochen. Den über 1000 Bediensteten des Gefängnisses ist die Kommunikation mit A.Öcalan strickst untersagt. Bunkerstrafen, in denen Öcalan keinerlei Besuch empfangen darf, und sämtliche Bücher und Zeitungen aus der Zelle entfernt gehören zur Tagesordnung der über 13 Jahren Haft im Imrali – System.



Unterschriftenkampagne Freiheit für Abdullah Öcalan

Seit dem 06. September wurde eine weltweite Unterschriftenkampagne für die Freilassung von Abdullah Öcalan aufgenommen. Die Kampagne wird von nahmhaften ErstunterzeichnerInnen wie Gerry Adams, Desmond Tutu, Noam Chomsky, Immanuel Wallerstein, Heiner Geißler, Antonio Negri, Malalai Joya, Norman Paech und vielen anderen unterstützt. Weitere Informationen zur Unterschriftenkampagne sind auf der Homepage www.freeocalan.org zu finden. Dort könnt ihr auch mit eurer Unterschrift die Forderung nach der Freilassung von Abdullah Öcalan und aller politischer Gefangenen in der Türkei unterstützen.

Demirtaş richtete sich in einer Rede an die Hungerstreikenden, und sagte, dass sie ihre Aktion bis hierhin geführt hätten, und von nun an die Menschen außerhalb den Mauern den Hungerstreik tragen werden, und rief zur Beendigung des Hungerstreiks auf. Diesen Aufruf unterstützten ebenso zahlreiche AkademikerInnen und KünsterlerInnen und schlossen sich dem unbefristeten Hungerstreik an. Doch die Gefangenen zeigten weiterhin nur auf eine Person. Der Sprecher der Hungerstreikenden Deniz Kaya verkündete in nahezu jeder Presseerklärung, dass sie nur ihrem Vorsitzenden (Abdullah Öcalan) und keiner anderen Person Folge leisten werden.

Und wie ist es letztendlich zur Beendigung des Hungerstreiks gekommen. Schließlich ist Abdullah Öcalan doch einer totalen Isolation unterzogen und kann niemanden auf der Insel empfangen?

Durch die zahlreichen Protestaktionen der Bevölkerung der Türkei wurde der Hungerstreik zur Haupttagesordnung der letzten Wochen. Die Regierung konnte dem Druck, der aus nahezu sämtlichen Teilen der Bevölkerung der Türkei ausging, und von allen Völkern der Türkei getragen wurde, nicht mehr standhalten. Schließlich beschloss das Parlament eine Gesetzesänderung bezüglich des Rechtes auf Verteidigung in der Muttersprache vor Gericht. Der Umfang des Gesetzes ist natürlich diskutabel. Letztlich gestattete die Regierung dem Bruder von Abdullah Öcalan auf die Gefängnisinsel zu fahren. Über seinen Bruder ließ Abdullah Öcalan verkünden, dass der Hungerstreik sein Ziel erreicht hätte und ohne jegliche Zeit zu verlieren beendet werden sollte. Der Widerstand solle anderweitig weitergeführt werden. Am folgenden Tag verkündeten die Hungerstreikenden das Ende ihrer Aktion. Sie betonten, dass sie dennoch weiterhin für die Freiheit von Abdullah Öcalan kämpfen werden.



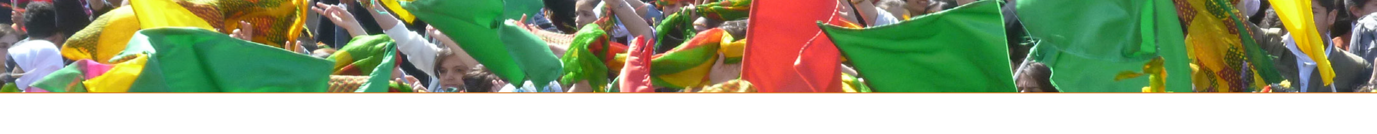
Das bislang einzige veröffentlichte Foto von Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali aus dem Jahr 2002

Abschließend möchten wir Sie fragen, wie eine Lösung des Konflikts aussehen könnte?

Die AKP-Regierung wird niemals ihr Ziel erreichen, so sehr er auch die Gewalt verschärfen mag. Dies haben vor ihre bereits andere türkische Regierungen in einem noch größeren Ausmaß vergeblich versucht. Daher ist die beste Lösung für beide Gesellschaften, die Spannungen zu entschärfen. Vor allem sollten die türkischen Regierungsvertreter, allen voran Ministerpräsident Erdogan von der rassistischen und chauvinistischen Rhetorik ablassen, und ebenso ihre ignorante Haltung gegenüber der kurdischen Seite aufgeben.

Für Friedens- und Verhandlungsprozesse ist es weiterhin wichtig, dass alle Beteiligten diese nicht bloß als taktische Manöver betrachten. Leider hat der türkische Staat durch die jüngsten und alle vorherigen Erfahrungen genau diesen Eindruck bei der kurdischen Gesellschaft hinterlassen. Dieser Eindruck und das fehlende, immer wieder enttäuschte Vertrauen erschweren auch einen Neuanfang. Jede Verhandlungsphase, die mit einer Eskalation der Spannungen endet, verhärtet im Grunde beide Seiten und die Gesellschaft. Die Beteiligten stellen sich ausgehend von Konflikt und Verhärtung neu auf, und so sinken die Chancen für Frieden und eine Lösung weiter.

Doch ganz offensichtlich gibt es keinen anderen Ausweg als einen neuen Verhandlungsprozess. Früher oder später müssen die Beteiligten sich wieder an einen Tisch setzen. Je länger dies dauert, umso schlechter für das türkische und das kurdische Volk. Wenn zivile Kräfte, Intellektuelle, internationale Institutionen und Persönlichkeiten im Rahmen ihrer Möglichkeiten Druck besonders auf die Regierung ausüben, wird dies einen Neuanfang erleichtern somit den Weg einer politischen und demokratischen Lösung und eines gerechten und würdevollen Frieden ebnen.



Recht auf juristische Verteidigung in kurdischer Sprache

Ein Entgegenkommen à la AKP

Pressemitteilung von Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V. / Am 16.11.2012

Der Hungerstreik in den Gefängnissen der Türkei geht weiter. Wir schreiben heute den 66.Tag. Und der Gesundheitszustand der Hungerstreikenden nimmt dramatische Züge an. Laut Angaben einer unabhängigen Gefängnisbeobachtungskommission, zu dem unter anderem Mitglieder des türkischen ÄrztInnenverbandes (TTB) und des Menschenrechtsverbands IHD angehören, befinden sich 221 Gefangene gegenwärtig in einem lebensbedrohlichen Zustand. Auch deshalb wächst der Druck, national wie international, auf die AKP-Regierung den 10.000 Hungerstreikenden und ihren Forderungen entgegenzukommen.

Zugeständnis mit Bedingungen

Während der türkische Ministerpräsident bei jedem öffentlichen Auftritt den Hungerstreik als bloße Showeinlage beiseiteschiebt, kam von seinem Justizminister Sadullah Ergin vor einigen Tagen eine überraschende Erklärung, dass die AKP-Regierung eine Neuregelung hinsichtlich des juristischen Verteidigungsrechts in kurdischer Sprache schnellstmöglich durchs Parlament bringen will. Damit würde die Regierung einer zentralen Forderung der Hungerstreikenden entgegenkommen. Doch wie sieht diese Neuregelung genau aus? Und werden sich die Hungerstreikenden mit der Neuregelung zufrieden geben?

Die Antwort der Hungerstreikenden hierauf ist ein unmissverständliches Nein. Das verkündete der Sprecher der Hungerstreikenden Deniz Kaya am 14. November über eine schriftliche Erklärung durch seine Anwälte. Die Gründe für dieses Nein, werden schnell ersichtlich, wenn man sich die Gesetzesvorlage Mal genauer anschaut: In der Vorlage heißt es zu Anfang noch, dass sich die Angeklagten in derjenigen Sprache verteidigen dürfen, in welcher sie sich besser ausdrücken können. Doch der Haken an der ganzen Sache kommt in den Folgesätzen. Demnach werden ausschließlich für diejenigen die Dolmetscherkosten vor Gericht übernommen, die der türkischen Sprache überhaupt nicht mächtig sind. Alle anderen, die zumindest ein paar Worte Türkisch sprechen können, müssen ihre Dolmetscherkosten selbst tragen, wenn sie darauf beharren, sich in einer anderen Sprache verteidigen zu wollen. Den meisten kurdischen Angeklagten dürfte die Aufbringung dieser Kosten vermutlich schwerfallen, wodurch sie von diesem neuen Recht ausgeschlossen wären. Doch es bleibt nicht allein bei dieser Einschränkung. Selbst wenn die Angeklagten das Geld für einen Dolmetscher zusammenkriegen, wird ihnen während des gesamten Gerichtsverfahrens bloß an zwei Stellen das Recht auf eine kurdischsprachige Verteidigung gewährt: Einmal nach Verlesung der Anklageschrift und das zweite Mal beim Abschlussplädoyer. Hinzu kommt, dass es durch die kurdischsprachige Verteidigung sowie ihrer Übersetzung ins Türkische zu keiner Prozessverzögerung kommen darf. Dieser Satz in der Gesetzesvorlage überlässt das ohnehin stark eingeschränkte Recht auf die juristische Verteidigung des Angeklagten in seiner Muttersprache zusätzlich der Willkür des Richters. Denn es ist offensichtlich, dass die Verteidigung in einer anderen Sprache samt ihrer Übersetzung vor Gericht mehr Zeit in Anspruch nehmen wird. Hat der Richter es besonders eilig oder ist ihm der Angeklagte nicht sympathisch, kann er dies zum Anlass nehmen, um aufgrund von vermeintlicher Prozessverzögerung dieses Recht diesem gleich wieder zu entziehen.



Die Diskriminierung der kurdischen Sprache umfasst nicht nur das Recht auf juristische Selbstverteidigung. Auch die Schulbildung in kurdischer Sprache ist weiterhin untersagt. Die Buchstaben X.W undQ, die es im kurdischen, aber nicht im türkischen Alphabet gibt, fallen auch unter die Liste der Verbote.

Täuschungsmanöver der AKP

Die AKP-Regierung möchte den Hungerstreikenden also ein Recht gewähren, welches sie doch nicht so wirklich gewähren will. Daher stößt das Vorhaben der türkischen Regierung auf scharfe Kritik von unterschiedlichsten Kreisen, wie der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), Menschrechtsvereinen, verschiedenen RechtsanwältInnenkammern und den Angehörigen der Hungerstreikenden. Die Vertreter des türkischen Justizministeriums verteidigten prompt ihre Gesetzesvorlage und erklärten, dass ohne die genannten Einschränkungen die Prozesssprache sich vollständig ändern würde.



Es ist nicht weiter verwunderlich, dass auch die Hungerstreikenden von keinem Entgegenkommen der Regierung, sondern vielmehr von einem Täuschungsmanöver sprechen. Doch lassen wir den Sprecher der Hungerstreikenden Deniz Kaya hierzu zu Wort kommen:

„Das ist ein bloßer Betrug. Dieses Manöver bedeutet so viel wie: ‚Wenn ihr kurdisch spricht, werdet ihr eine Geldstrafe zahlen müssen.' […] Es ist nicht vorstellbar, dass wir solch einen Schritt akzeptieren. Wir akzeptieren keinen kurdischen Wahlfachunterricht an der Schule, wir akzeptieren keine privaten entgeltlichen kurdischen Sprachkurse und wir akzeptieren auch nicht, dass wir Geld bezahlen sollen, um uns in unserer Muttersprache vor Gericht verteidigen zu können. Wir fordern, dass unsere Muttersprache und unsere Kultur verfassungsrechtlich geschützt werden und dass wir mit unserer Muttersprache und unserer Kultur in unserem Heimatland leben können. Die gesamte Öffentlichkeit soll wissen, dass wir außer dessen nichts anderes akzeptieren werden und uns auf keine Spielchen oder Manipulationen einlassen werden."

„Verhandlungen mit Öcalan unumgänglich"

Echo auf die Beendigung des Hungerstreiks

Dem Aufruf von Abdullah Öcalan zur Beendigung des unbefristeten Hungerstreiks in den türkischen Gefängnissen leisteten die über 10.000 kurdischen politischen Gefangenen Folge. Der Hungerstreik beschäftigte wochenlang sämtliche Bereiche des sozialen und politischen Lebens in der Türkei. Trotz Zensur waren alle Nachrichtensendungen des Landes von den Entwicklungen um den Hungerstreik und den Forderungen der Gefangenen bestimmt. Der entscheidende Beweggrund für eine Aktion dieses Ausmaßes waren die verschärften Isolationsbedingungen gegen den PKK- Vorsitzenden Abdullah Öcalan. Seine Freiheit sollte gewährleistet werden, damit der Weg für einen würdevollen Frieden, der die Freiheit des kurdischen Volkes impliziert, geebnet werden konnte.

Trotz aller Appelle seitens der türkischen Regierungsvertreter und des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, der Aufrufe zahlreicher Menschenrechtsorganisationen und anderer humanitärer Institutionen, den Bitten der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), die anbot, den Hungerstreik außerhalb der Gefängnismauern fortzuführen, konnte einzig und allein Abdullah Öcalan die Hungerstreikenden von der Beendigung ihrer, seiner Meinung nach sehr bedeutsamen, Aktion überzeugen.

Nach Abbruch des Hungerstreiks schrieb Ihsan Dagi in einer Kolumne der regierungsnahen Tageszeitung Zaman, dass „die Politik der Türkei von zwei Hauptakteuren bestimmt wird: Von Tayyip Erdogan und Abdullah Öcalan."

Auch andere regierungsfreundliche Kolumnisten betonen, dass es Öcalan war, der die Krise gelöst hat, in die sich die Regierung durch ihre Haltung während des Hungerstreiks hinein manövriert hatte. Öcalan habe erneut seine Fähigkeit bewiesen, als Verhandlungsführer der kurdischen Bevölkerung einen konstruktiven Beitrag leisten zu können.

BDP Co-Vorsitzender Selahattin Demirtas sprach von der Zeit des Dialogs. „Alle Seiten haben die Forderungen zur Kenntnis genommen und ihre Legitimität betont. (…) Nun geht es darum, die Forderungen umgehend umzusetzen. Dafür trägt jeder die Verantwortung. (…) Jetzt ist die Zeit des Redens. Wir durchleben Phasen, in denen das Reden mehr in den Vordergrund gerückt werden sollte. Was auch getan werden wird, es müssen schleunigst Schritte in Gang gesetzt werden. (…) Die Rolle von Öcalan wurde verdeutlicht und ist gestärkt.


Demirtas: Jetzt ist die Zeit des Redens!

Wenn die Regierung dafür Verständnis entwickelt, werden wir alle gewinnen."

Schon während des Hungerstreiks äußerte der stellvertretende Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei (CHP) Sezgin Tanrikulu, eine solche Aktion sei darauf zurückzuführen, dass das Parlament seiner Rolle nicht gerecht werde. „Jede im Parlament vertretene Partei hat die Pflicht, etwas für den Frieden zu tun. Alle Gesellschaftskreise wollen ein Ende des Krieges. Die Lösung muss im Parlament diskutiert werden"



Öztürk Türkdogan, Vorsitzender des türkischen Menschenrechtsvereins (IHD), betonte, dass die Rolle Öcalans aufs Neue gestärkt wurde. „Die Regierung sollte einerseits im Parlament Gespräche mit der BDP und andererseits Verhandlungen mit dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan führen, und die Friedensphase wieder aufgreifen."



Türkdogan: Regierund soll sowohl mit BDP als auch mit Öcalan Friedenshase wieder aufgreifen

Der Vorsitzende der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes (KESK) Lami Özgen appellierte an die Regierung, die Verhandlungen mit Öcalan wieder aufzunehmen. „Herr Öcalan ist die Führungskraft dieser Phase. Die Regierung muss diese Realität akzeptieren."



Özgen: Öcalan ist die Führungskraft dieser Phase.

Mehmet Emin Aktar, ehemaliger Vorsitzender der Anwaltskammer in Diyarbakir, verwies auf die große Bedeutung von Abdullah Öcalan für die kurdische Bevölkerung. „Die Art und Weise, wie der Hungerstreik beendet wurde, ist ein Indikator für den Einfluss, den Öcalan sowohl auf die Kurden in den Gefängnissen als auch auf das Volk hat".

Im Verlauf des Hungerstreiks brachte die türkische Regierung eine Gesetzesänderung auf den Weg, die kurdischen Angeklagten die Verteidigung vor Gericht in ihrer Muttersprache ermöglichen soll. Damit sollte den Forderungen der Hungerstreikenden entgegengekommen werden. Jedoch bewertete der Chefredakteur der in Europa erscheinenden Tageszeitung Özgür Politika Özgür Recberlik die Gesetzesänderung als tückische Carte blanche (Blankoscheck). „Dem Gesetzt nach sollen KurdInnen Geld dafür bezahlen, dass sie sich in ihrer Muttersprache vor Gericht verteidigen können. Natürlich dürfen sie dies auch nur unter mit gewissen Einschränkungen. Der Richter kann natürlich auch willkürlich darüber entscheiden, wann er der angeklagten Person das Recht, Kurdisch zu sprechen, entziehen möchte."

Seit 2009 fanden Friedensverhandlungen zwischen dem türkischen Staat und Öcalan statt. Nach den Parlamentswahlen im Juli 2011 brach sie die AKP-Regierung ab. Seitdem fanden keinerlei Gespräche mehr zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Seite statt. In dieser Zeit nahmen die Militäroperationen der türkischen Armee an Intensität zu, die Zahl der kurdischen politischen Gefangenen stieg auf über 15.000. Die Bilder erinnern an den blutigen Bürgerkrieg der 90er Jahre. Trauriger Höhepunkt war die tödliche Bombardierung von 34 Zivilisten in Roboski. Die großen Erwartungen, die von der AKP-Regierung durch ihre Demokratisierungsversprechen bei der Regierungsübernahme vor 10 Jahren in der Gesellschaft geweckt wurden, sind längst dahingeschwunden. Vielmehr ist ein immer repressiver werdender Autoritarismus des AKP-Regimes unter der Führung von Ministerpräsident Erdogan zu verzeichnen. Jegliche Opposition wird mundtot gemacht, 76 inhaftierten JournalistInnen sind dafür bezeichnend.

Ein kurdisches Sprichwort lautet: „Bediene dich deiner Gabe des Sprechens, damit deine Probleme gelöst werden können."

Die letzten 30 Jahre haben gezeigt, dass die Kurdische Frage weder durch Leugnung noch durch Gewalt gelöst werden kann. Nur der Dialog kann für eine friedliche Lösung des Konfliktes sorgen. Dabei sind sich weite Teile der Gesellschaft in der Türkei darüber einig, dass Abdullah Öcalan aktiv in die Friedensverhandlungen eingebunden werden muss. Denn nur er wird sowohl von der kurdischen als auch von der türkischen Seite als politischer Repräsentant der kurdischen Bevölkerung angesehen und nimmt somit die Schlüsselrolle bei der Lösung dieses Konfliktes ein.



Aktar: Öcalan hat sowohl auf die Kurden in den Gefängnissen als auch auf das Volk Einfluss

Impressum
Civaka Azad -
Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Bornheimer Landstraße 48
60316 Frankfurt a.M.

E-Mail: info[at]civaka-azad.org
Telefon: 069/84772084
Mobil: 01573/8485818
http://civaka-azad.org/